Bundesverband Pflegemanagement

Pressemitteilung

Bundesverband Pflegemanagement mahnt schnelle Umsetzung des BEEP-Gesetzes an: Mehr Tempo bei Befugniserweiterung, Entbürokratisierung und Stärkung der beruflichen Pflege!

Berlin, 28.11.2025 Im Rahmen der Vorständekonferenz des Bundesverbandes Pflegemanagement am gestrigen Tag hat sich der Bundesvorstand gemeinsam mit den Landesgruppen des Bundesverband Pflegemanagement besorgt gezeigt über die Entscheidung des Bundesrates, das Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege (BEEP) in den Vermittlungsausschuss zu überführen.

Auslöser ist das geplante Aussetzen der Meistbegünstigungsklausel, das laut Ländern zu Mindereinnahmen von rund 1,8 Milliarden Euro für die Krankenhäuser führen könnte. Die finanzielle Sorge wird vom Verband ausdrücklich anerkannt – dennoch ist klar: Die mit dem Gesetz vorgesehene zentrale Reform der pflegerischen Befugnisse darf nicht aufgrund fachfremder Streitpunkte ausgebremst werden.

Das BEEP-Gesetz mit seiner grundlegenden Kompetenzerweiterungen und Stärkungen der beruflichen Pflege ist in diesem Teil eines der wichtigsten Gesetzesvorhaben für die pflegerische Versorgung in Deutschland. Jede Verzögerung führt dazu, dass Versorgungslücken weiter bestehen, Teams überlastet bleiben und dringend notwendige strukturelle Entlastungen ausgehebelt werden.

„Wir erkennen die finanziellen Bedenken der Länder an – aber sie dürfen nicht dazu führen, dass eine überfällige und breit getragene Reform der Pflege erneut blockiert wird“, erklärt Sarah Lukuc, Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes Pflegemanagement. „Die Pflegekompetenzerweiterung wird seit über einem Jahr diskutiert, von Bundestag und Ländern unterstützt – und jetzt soll sie wegen eines fachfremden Änderungsantrags pausieren? Das ist ein fatales Signal an die Profession und an die Versorgungssicherheit im Land.“

Der Verband kritisiert, dass im parlamentarischen Prozess erneut ein sachfremdes Verfahren über ein Omnibusverfahren angehängt wurde – mit der Folge, dass die pflegerische Befugniserweiterung zum politischen Spielball bzw. Objekt der Verzögerung wird. Die Pflege stehe mitten in einer Versorgungskrise, und jede politische Verzögerung habe unmittelbare Auswirkungen auf Patientinnen, Patienten und pflegebedürftige Menschen.

Bei dem BEEP-Gesetz gehe es zentral um die Befugniserweiterung in der Pflege – und ausschließlich darum. Es dürfe nicht länger akzeptiert werden, dass auf den Schultern der Pflege finanzpolitische oder verfahrensfremde Konflikte „mitverhandelt“ und ausgetragen werden. Die Profession braucht klare Entscheidungen, verlässliche Rahmenbedingungen und eine Politik, die Sachthemen sauber voneinander trennt.

Im Rahmen der Vorständekonferenz stellten alle Landesgruppen des Bundesverbands Pflegemanagement geschlossen klar: Die Modernisierung pflegerischer Kompetenzen ist nicht verhandelbar und muss ohne weitere Verzögerungen umgesetzt werden.

Pressekontakt:

Bundesverband Pflegemanagement e.V.
Moritz Ernst
Geschäftsführer
moritz.ernst@bv-pflegemanagement.de
www.bv-pflegemanagement.de

Der **Bundesverband Pflegemanagement e.V.** ist eine aktive Interessenvertretung der Profession Pflege und insbesondere des Pflegemanagements in Politik und Öffentlichkeit. Der Verband ist bereits seit 1974 aktiv. Die heutige Struktur mit Bundesvorstand und Landesgruppen für einen maximalen Einfluss in Politik und Öffentlichkeit besteht seit 2005. Der Bundesverband Pflegemanagement ist Gründungsmitglied und aktives Mitglied des Deutschen Pflegerats. Durch seine Managementkompetenz, sein starkes Netzwerk und eine klare Organisationsstruktur wird der Verband heute als einer der Hauptansprechpartner unter den Pflegemanagement-Verbänden gehört und ist auf Bundes- wie Landesebene in die Gestaltung von Gesetzesvorlagen involviert und in Gremien engagiert. Vorstandsvorsitzende ist Sarah Lukuc